



Niederschrift

14. Sitzung Haupt- und Finanzausschuss
11. November 2025, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitz: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Sitzungseröffnung

Punkt 1 der Tagesordnung: Bericht und Maßnahmen zur Umsetzung des Prostituierten-
schutzgesetzes

Antrag: SPD

Vorlage: 2025/0502

Beschluss:

Erledigt

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und teilt die Namen der entschuldigten Stadträtinnen und Stadträte mit.

Anschließend ruft er Tagesordnungspunkt 1 zur Behandlung auf. Der Antrag sei aus der Gemeinderatssitzung vom 24. Juni 2025 verwiesen und im Haupt- und Finanzausschuss am 14. Oktober 2025 worden.

Stadtrat Tröndle (SPD) zeigt sich zufrieden mit der Vorlage. Die Fragen seien beantwortet. Gerade vor dem Hintergrund des begonnenen Prozesses am Landgericht gegen einen Menschenhändler- und Zuhälterring, bei welchem die Staatsanwältin über eine Stunde die Erniedrigungen und Demütigungen, die den Frauen widerfahren sind, verlesen habe, sei es passend, dass man das Thema nochmals auf der Tagesordnung habe. Man setze darauf, dass die AG Ausstieg aus der Prostitution eine gute Arbeit mache. Damit wolle man es einstweilen bewenden lassen.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE) bedankt sich für das ausführliche Lagebild und für die Arbeit der Arbeitsgruppe Prostituiertenschutzgesetz. Man freue sich auf die jährlichen Updates.

Der Vorsitzende meint, das Thema Straßenprostitution sei im Gesamtkontext des Themas Prostitution einer separaten Betrachtung wert. Man dürfe sich nicht nur um schwarz oder weiß kümmern, sondern müsse dazwischen versuchen, im Graubereich einen gesellschaftlichen Konsens zu erzielen. Es sei so, dass in stationären Einrichtungen die Frauen möglicherweise genauso schlecht behandelt würden. Gerade aber der Straßenstrich habe ganz andere Gefährdungspotentiale, die noch schwerer einschätzbarer seien und vor denen man sich noch schwerer schützen könne. Es sei – zumindest nach den Erfahrungen, die man in Karlsruhe gemacht habe – vielleicht ein richtiger Schritt, die Straßenprostitution zu verbieten.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt er fest, der Antrag habe sich damit erledigt.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
17. November 2025